

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/107

8. Juni 1972

DDR will "Grenze mit Weltniveau"

Anregungen für die Realisierung eines Anspruchs

Von Dr. Heinz Kreuzmann MdB

Mitglied des Ausschusses für innerdeutsche
Beziehungen des Bundestages

Seite 1 / 47 Zeilen

Der Verteidigungsetat und seine Schwerpunkte

Zuschnitt der Bundeswehrstruktur auf die not-
wendigen Sicherheitswerte

Von Alfons Pawelczyk MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des
Bundestages

Seite 2 / 39 Zeilen

Ihrer Aufgabe weiter nicht gewachsen

"Union" versagte in der Inneren-Sicherheits-
Debatte

Seite 3 / 36 Zeilen

Auf dem Weg zum Prag-Abkommen

Vor dem Abschluß der BRD-CSSR-Vorverhandlungen

Seite 4 / 42 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 406
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 686 646 / 686 647
380 646 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 106-112, Telefon: 7 86 11

DDR will "Grenze mit Weltniveau"

Anregungen für die Realisierung eines Anspruchs

Von Dr. Heinz Kreutzmann MdB

Mitglied des Ausschusses für

innerdeutsche Beziehungen des Bundestages

Es ist das Recht jedes Staates zu bestimmen, wann er Grenzübergänge einrichten will und wo sie errichtet werden sollen. Das gilt auch für die DDR. Sie hat aber in den beginnenden sechziger Jahren eine große "Aktion unter der Devise gestartet, "Grenzübergänge mit Weltniveau" zu schaffen. Das ist ihr äußerlich fast durchweg gelungen. Manche unschönen Bilder wurden beseitigt. Aber diese "Grenze mit Weltniveau" kann sich nicht nur auf optische Eindrücke beziehen: Sie sollte sich auch in den sonstigen Umständen an das Weltniveau anpassen.

In den meisten europäischen Grenzgebieten sind Grenzübergangsstellen in Abständen von acht Kilometern errichtet. Die DDR steht auf dem Standpunkt, daß die bisher vorhandenen Grenzübergangsstellen vollauf ausreichen, um den derzeitigen Grenzverkehr bewältigen zu können. Es ist aber nicht nur für Besucher aus der Bundesrepublik, sondern auch für solche aus dem übrigen Ausland umständlich und teuer, wenn sie zu ihren Zielorten in der DDR Umwege von 100 bis 150 Kilometern zurücklegen müssen. Das gilt auch für die im Verkehrsvertrag vorgesehenen Verwandtenbesuche von beiden Seiten: Die derzeitige Grenzsituation bedeutet große Umwege, lange Anfahrtszeiten und damit für die Reisenden auch erhöhte Abwesenheitszeiten von ihren Arbeitsplätzen sowie Zeitverluste bei der Erfüllung ihres Reisezieles, also der Teilnahme an den unterschiedlichen Familienereignissen vom Trauerfall bis zur Hochzeit.

Bei dem Bemühen um eine "Grenze mit Weltniveau" sollte auch die Möglichkeit der Nachbarschaftshilfen in Katastrophenfällen berücksichtigt werden, wie sie ja noch bis 1961 bestanden. Es sollte weiter die Chance geboten werden, die kommunalen Behörden auf beiden Seiten der Grenze sich über Fragen der Abwässer, der Flußverunreinigungen und der Umweltverschmutzungen verständigen können. Ebenso sollte man die Frage prüfen, ob nicht in Fällen, die beiden Seiten von Nutzen sind, Fragen der billigen Stromversorgung und Wasserversorgung auch über die Grenze hin und her wieder in Gang gebracht werden, die früher in diesen Räumen auch bestanden haben.

Auch die Frage von Umwegfahrten zu den Arbeitsplätzen und zur Versorgung der Bevölkerung, die durch die Errichtung der Grenze auf beiden Seiten notwendig wurden, sollte man in gegenseitigen Gesprächen erörtern. Hier könnten manche unnützen finanziellen Aufwendungen gespart werden. Wenn man nicht nur den Buchstaben der Verträge, sondern auch ihren Geist ernst nimmt, müßten Möglichkeiten gefunden werden, der Bevölkerung auf beiden Seiten der Grenze in möglichst großem Ausmaß Erleichterungen zu schaffen. Sicherlich können alle diese Probleme nicht von heute auf morgen gelöst werden. Sie werden ihre Zeit brauchen. Aber Staaten mit Selbstbewußtsein müssen sich in solchen Fragen einigen können. Warum nicht auch die beiden Staaten auf deutschem Boden?!(-/ex/8.6.1972/bcy)

Der Verteidigungsetat und seine Schwerpunkte

Zuschnitt der Bundeswehrstruktur auf die notwendigen Sicherheitswerte

Von Alfons Pawelczyk MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Immer wenn von Haushaltskürzungen die Rede ist, wird der Bundesverteidigungsminister mit seinem Etat ein begehrter Mann. Die Praxis ist nicht neu.

Mitte der 50er Jahre hat die CDU/CSU der NATO eine 500.000 Mann starke Bundeswehr innerhalb von drei Jahren zugesagt. Die Zusage konnte nicht eingehalten werden. Später stimmte sie dem NATO-Plan "Bravo" zu. Danach hätte die Bundesrepublik von 1967 bis 1971 eine Bundeswehr mit einer Stärke 508.000 Mann in 12 Divisionen bei einem Mittelanatz von 124 Milliarden DM aufstellen müssen. Auch diese Zusage konnte nicht eingehalten werden. Die Erhard-Regierung mußte sich ein "zeitweiliges Zurückschneiden" auf eine Stärke von 460.000 Mann von der NATO genehmigen lassen. In der Großen Koalition sah sich Finanzminister Strauß gezwungen, dem Verteidigungsetat die geplanten Zuwachsraten zu versagen. Die unerfreulichen Auseinandersetzungen aus der Zeit zwischen Kanzler Kiesinger, Finanzminister Strauß und Verteidigungsminister Schröder kennen wir. Schröder verlangte damals eine weitere Reduzierung der Bundeswehrstärke um 60.000 Mann auf 400.000.

Auch heute müssen wir die Schwerpunkte der Verteidigungsetats ständig überdenken. Die Bundeswehr kann gemessen an dem seit viel Jahren zur Verfügung gestellten Finanzplafond keine Wehrpflichtarmee von 460.000 Mann in 12 Divisionen mit dem gewünschten Einsatzwert liefern. Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt hat eine unabhängige Wehrstrukturkommission berufen um strukturelle Alternativen erarbeiten zu lassen. Wir müssen nämlich in den nächsten Jahren versuchen, durch eine zweckmässiger Bundeswehrstruktur die Sicherheitswerte zu liefern, mit deren Hilfe das militärische Gleichgewicht in Europa aufrechterhalten werden kann.

Kurzfristig, also bei der endgültigen Mittelverteilung für 1972, muß trotz enormer Engpässe über einen Schwerpunkt Einigkeit bestehen. Die Ausgaben für die Bildungs- und Ausbildungsreform in der Bundeswehr dürfen nicht gekürzt werden. Ansehen und Einsatzwert der Bundeswehr sind in erster Linie abhängig von qualifizierten Vorgesetzten. Von Vorgesetzten, die 1/ das technisch-komplizierter werdende Handwerk beherrschen, 2/ pädagogisch in der Lage sind, mit jungen, kritischen Erwachsenen zusammen zu arbeiten, und 3/ die Erkenntnis besitzen, daß die Armee in einer Demokratie sich die Ergebnisse der wirtschaftlichen, technischen und gesellschaftlichen Wandlungsprozesse ständig aneignen muß. (-/ex/8.6.1972/ks)

+ + +

Ihrer Aufgabe weiter nicht gewachsen

"Union" versagte in der Inneren-Sicherheits-Debatte

Die stellenweise erregt verlaufene Bundestagsdebatte über die Innere Sicherheit hat wieder einmal gezeigt, daß die "Unions"-Parteien der Versuchung nicht widerstehen können, Fragen von äußerstem Ernst nur noch aus enger parteiegoistischer Sicht zu behandeln. Sie versuchen daher auch auf Gebieten, die sich für einen innenpolitischen Schlagaustausch gewiß nicht eignen, parteipolitisches Kapital herauszuschlagen, und das ohne Rücksicht auf Folgen. Hier wird jede von Vernunft, Einsicht und Verantwortung gesetzte Grenze überschritten, und hier wird der Versuch gemacht, draußen im Lande den Eindruck zu erwecken, daß die Regierung der sozialliberalen Koalition zu wenig für die Verbrechensbekämpfung tue, ja, daß sie sogar für das Ansteigen der Kriminalität verantwortlich sei.

Diese durch nichts begründete und im Widerspruch zur Wirklichkeit stehende Unterstellung ist umso schlimmer, weil sie unkontrollierbare Emotionen und Hysterie erweckt, den Blick trübt und dem Ganzen schadet. Dazu gehört auch die bewußte Vermengung von allgemeiner Kriminalität und politischen Gewaltverbrechen mit unbequemen politischen Auffassungen, Kritiken und Aktivitäten. Hier fehlt den Unionsparteien jedes Unterscheidungsvermögen, und sollten sie es dennoch besitzen, dann machen sie bewußt davon keinen Gebrauch.

Die in sich uneinige Opposition ordnet ihr Tun und Handeln ausschließlich wahlpolitischen Aspekten unter. Das bestimmt ihre Strategie und Taktik. Sie ist in ihrem jetzigen Zustand nicht mehr fähig, vor allem die Erfordernisse des Staatswohls zu sehen und ihm Genüge zu tun, weil der Kampf gegen die von Brandt/Scheel geführte Regierung der sozialliberalen Koalition für sie die oberste Priorität besitzt. Dazu muß buchstäblich alles herhalten.

Die Bundestagsdebatte über die Innere Sicherheit vermittelte erkenntnisreiche, aber bedrückende Aufschlüsse. Den "Unions"-Parteien muß durch Wählerentscheid noch weiter der Weg zur Regierungsmacht versperrt bleiben, um Schaden abzuwenden. Sie sind, wie ihr Verhalten als Opposition tagtäglich beweist, ihrer Aufgabe als Parteien, die diesen doch gemeinsamen Staat mittragen sollen, nicht gewachsen. (ex/ee/8.6.1972/bgy)

+ + +

Auf dem Weg zum Prag-Abkommen

Vor dem Abschluß der BRD-CSSR-Vorverhandlungen

Die Bonner Ostpolitik wird zielstrebig fortgesetzt. Nach der das Bundesrepublik-Image in der ganzen Welt erhöhenden Ratifizierung der beiden Gewaltverzichtverträge mit der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen laufen jetzt gezielte Bemühungen, zunächst mit der CSSR zu einem ähnlichen Vertrag zu kommen, dem an- und abschließend noch die Abkommen mit Bulgarien und Ungarn folgen werden. Diese Reihenfolge ist weitgehend durch innere Vereinbarungen im Ostblock selbst festgelegt worden. Wie dem mit dieser Formalie auch immer sein mag: Die Gesamtabrundung der Ostpolitik der sozialliberalen Bundesregierung ist in Sicht. Die Brandt-Scheel-Bemühungen, den längst fällig gewordenen rundum-Nachkriegsausgleich nun auch mit dem Osten zu vollziehen, werden zum vollen Erfolg.

Soweit sich das nach dem Stande von heute übersehen läßt, wird die von Bonn der CSSR-Regierung für die letzten Juni-Tage vorgeschlagene Unterredung, die im Turnus diesmal wieder in Prag stattfinden soll, die letzte in der Reihe der Vorverhandlungen sein können. Die beiden Chefunterhändler, der Bonner Außenamts-Staatsssekretär Dr. Paul Frank und der stellv. Prager Außenminister Jiří Götz, einer der profundesten Deutschland-Kenner des Hradschin, werden dabei von dem in Rothenburg/Tauber erreichten Stand vom November 1971 auszugehen haben, der eine gewisse Annäherung zwischen den beiden Positionen, allerdings auch noch einmal ihre Klarstellung gebracht hatte. Wenn man in Bonn die letzten Reden des KFC-Generalsekretärs Dr. Gustav Husák richtig deutet, dann zeichnet sich auf der tschechoslowakischen Seite eine erfreuliche Flexibilität ab, die es, trotz aller noch bestehenden und keineswegs geringen Schwierigkeiten, immerhin gestatten würde, den Weg zueinander fortzusetzen.

Das Kardinalproblem zwischen Prag und Bonn ist das "Münchener Abkommen" von 1938, das Hitler den Westmächten abgezwungen hatte. Hier vermengen sich heute und schon immer die streng juristischen und die politisch-moralischen Aspekte, wobei über die letzteren keine Differenzen bestehen. Die Brandt-Formulierung, "München" sei "von Anfang an ungerecht gewesen und ist ungültig" kann von allen Deutschen akzeptiert werden und sollte auch den Tschechen und Slowaken zugänglich sein, die weiter auf dem "von Anfang an ungültig" bestehen. Es wird also am guten und progressiven Entspannungs- und Nachbarschaftswillen aller Beteiligten liegen, damit die Schlußformel auch die Zustimmung aller finden kann. Die Tatsache der abgeschlossenen Ratifizierung des Moskauer und des Warschauer Vertrages sollte einen hilfreichen Rahmen und Hintergrund bieten können, wobei der Moskau-Vertrag vermutlich als Modell dienen dürfte, denn Grenzfragen spielen zwischen den beiden Nachbarn BRD und CSSR keine Rolle.

(ee/ee/8.6.1972/bgy)